

Politisches Selbstverständnis

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu einer linken Ausrichtung der Österreichischen Hochschüler_inenschaft. Die ÖH tritt laut und kritisch gegenüber Entscheidungsträger_innen auf und hilft Studierenden, die Unterstützung brauchen oder sich politisch engagieren wollen.

Vertretungsarbeit ist politisch.

Die Essenz der ÖH als politische Interessenvertretung ist es, Ungerechtigkeiten und Barrieren im Hochschulalltag der Studierenden zu erkennen und auf politischer Ebene zu bekämpfen. Dies tun wir, indem die ÖH eine unabhängige Lobbyistin für Studierende bleibt, die verlässlich agiert, das Beste für die Studierenden verhandelt und mittels eigenen Projekten und Beratungsangeboten Studierende direkt unterstützt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Beratungsangebot ausgebaut und so breit wie möglich nach außen getragen wird. Die ÖH stellt die Bedürfnisse der Studierenden an allererste Stelle und scheut sich nicht, bei Bedarf regierungskritisch aufzutreten. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich folglich ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat und setzen sich zum Ziel, dieses aktiv zu stärken.

Bildung ist ein Menschenrecht.

Es ist die Aufgabe des Staates, die Hochschulen öffentlich zu finanzieren. Hochschulbildung muss zum kritischen Hinterfragen und dem aktiven Mitgestalten der Gesellschaft befähigen und darf keine reine Berufsausbildung sein. Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nicht abgetrennt von dieser zu betrachten, daher sind auch gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen zentral für unsere Arbeit. Studiengebühren und Knock-out-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen. Sie wirken sozial selektiv und die weitere Ökonomisierung des Hochschulwesens verstärkt diesen Effekt. Gleichzeitig hat ein Großteil der Studierenden mit der zunehmenden Prekarisierung ihrer Studienbedingungen zu kämpfen. Während Wohnen und Essen immer teurer werden, ist die Studienbeihilfe noch immer viel zu gering. Gleichzeitig wird das Aussetzen der Valorisierung von Sozialleistungen von der Bundesregierung umgesetzt. Das Zusammenspiel all dieser Faktoren führt dazu, dass die Hochschulen wieder zunehmend ein Ort nur für Eliten werden. Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Hochschulen zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum uneingeschränkten Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung, und fordern dies mit Nachdruck ein.

Wir bewegen uns noch immer in einer diskriminierenden Gesellschaft und die weltweiten Entwicklungen zeigen, dass die bereits geschaffenen Verbesserungen für marginalisierte Gruppen wieder oder weiterhin unter Beschuss stehen. Strukturelle Benachteiligung trifft Frauen, Lesben, Inter-, Nonbinary-, Trans- und Agender-Personen (FLINTA*), People of Color (PoC), Migrant_innen, Personen mit Behinderungen und alle Personen, die nicht dem gesellschaftlichen Normbild entsprechen. Dies äußert sich unter anderem in Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und weiteren strukturellen, sozialen und baulichen Barrieren, sowie der tagtäglichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten in allen Lebenssituationen. Als ÖH bedeutet das für uns, uns nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung zu beschränken, sondern danach zu streben, grundlegende Veränderungen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Die Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider.

Die Chancen in unserem Bildungssystem sind ungleich verteilt. Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft einer Person darüber, ob sie es überhaupt zum Tor der Hochschule schafft. Auch an der Hochschule selbst haben Kinder von Akademiker_innen einen immensen Vorteil gegenüber Kindern von Arbeiter_innen. Diesen Umstand gilt es zu bekämpfen und einen freien und offenen Hochschulzugang für alle zu schaffen. Wir bekennen uns deshalb zur dezidierten Förderung von Studierenden aus Arbeiter_innenfamilien. In diesem zutiefst sozial ungerechten Bildungssystem braucht es dafür ein Bündel an Maßnahmen. Die ÖH kämpft unter anderem für die Einführung der Gesamtschule, die Schaffung eines existenzsichernden Beihilfesystems und die Abschaffung aller Studiengebühren.

Als Hebel zur Transformation sowohl unseres Bildungssystems als auch der Gesellschaft sehen wir die Förderung von **kritischer Lehre und Forschung**. Wenn die Lehre an unseren Hochschulen Bildungsökonomisierungen und Studienplatzbewirtschaftungen unterworfen ist, kann sie diesen Hebel allerdings nicht nutzen. Lehre und Forschung, die lediglich zur unhinterfragten Einzementierung gesellschaftlicher Verhältnisse dient, wird dem Anspruch von Lehrenden und Studierenden nicht gerecht. Lehrveranstaltungen, die die kapitalistische Verwertungslogik kritisch beleuchten und Studierende auch dazu anregen, an der progressiven Überwindung des Systems hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft zu arbeiten und über diese selbst zu forschen, müssen gefördert werden. Das bedeutet auch, dass Hochschulen nicht für Auftraggeber_innen von Drittmittelfinanzierungen forschen sollen, sondern durch eine öffentliche Ausfinanzierung Wissen gemeinsam mit der und für die Gesellschaft erarbeitet werden.

Wir erkennen die **Klimakrise** als die größte Herausforderung unserer Zeit an. Als **ökologisch-nachhaltige** ÖH setzen wir uns für ein klimagerechtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein. Wir stellen uns gegen eine neoliberale Logik, welche Profite über das Gemeinwohl stellt, und kämpfen für ein solidarisches System, in dem Menschen und Umwelt im Mittelpunkt stehen. Klimagerechtigkeit geht Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit – es sind vor allem marginalisierte Gruppen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, nun aber am stärksten an den Folgen der Klimakrise leiden. Als ÖH legen wir einen Fokus auf klimagerechte Hochschulen. Dazu braucht es Bündnisse mit den Hochschulen, der Zivilgesellschaft, NGOs und weiteren zentralen Akteur_innen. Wir forcieren eine ökologische und nachhaltige Arbeitsweise innerhalb der ÖH. Des Weiteren sehen wir Hochschulen und die ÖH in der Verantwortung, die Klimakrise aktiv zu bekämpfen, sie verstärkt in den Fokus zu rücken und Konzepte für ihre Bewältigung zu entwickeln. Dabei müssen Studierende das nötige Wissen aus ihren Studiengängen erhalten, um zum systemischen Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Wir arbeiten aktiv daran, dass Hochschulen ihre Vorbildfunktion und ihre gesellschaftliche Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise wahrnehmen, indem sie in ihrem Handeln und Bestand klimaneutral werden. Außerdem ist uns bewusst, dass dies nicht ausreichend ist. Hochschulen tragen die Verantwortung, sich politisch zu positionieren, Diskurse über die Klimakrise zu starten und politische Entscheidungsträger_innen in Verantwortung zu ziehen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln.

Die ÖH setzt sich für ein **demokratisches, antikapitalistisches, progressives, solidarisches und sozial gerechtes Verständnis** der Politik ein. Zudem sprechen wir uns für eine inklusive und barrierefreie, humanistische sowie emanzipatorische und antikapitalistische ÖH aus.

Wir treten **gegen jede Form der Diskriminierung** wie zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter, sozialem Hintergrund, finanzieller Lage, körperlicher Behinderung oder psychischer Erkrankung auf. Wir sehen den Kampf gegen **Rechtsextremismus** als Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung und kämpfen aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir setzen uns aktiv auf allen Ebenen, national wie international, dagegen ein. Wir sehen uns als Teil der internationalen Studierendenbewegung.

Wir sind eine **queerfeministische ÖH** und verstehen Feminismus als Querschnittsmaterie in der eigenen Arbeit genauso wie in den gesellschaftspolitischen Forderungen und wollen FLINTA*-Personen aktiv fördern. Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen thematisiert. In diesem Sinne kämpfen wir für eine gendergerechte Hochschule und versuchen mit Vorbildcharakter zu agieren. Queerfeminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Ausschlussmechanismen aufgrund von männerbündnerischen Zusammenschlüssen auf Hochschulen und der strukturellen Diskriminierung von FLINTA*-Personen in der gesamten akademischen Laufbahn.

Unser Feminismus steht auf einer festen **materiellen Basis**. FLINTA*-Personen werden im Kapitalismus ausgebeutet und benachteiligt. Nicht nur die Hochschulen sind von Männerbünden geprägte Institutionen, in denen FLINTA*-Personen strukturell untergeordnet und schlechter gestellt werden. In der gesamten Gesellschaft sehen wir die Ökonomisierung von FLINTA*-Körpern und ihrer (Lohn-)Arbeit. Die schlechtere Bezahlung in der Lohnarbeit und die Ausnutzung der Arbeitskraft für unbezahlte Care-Arbeit stehen in einem direkten Zusammenhang. Nur wenn wir die Verflechtungen von Kapitalismus und Patriarchat erkennen, können wir auch die ökonomische Basis der Ausbeutung von FLINTA*-Personen erkennen.

Solidarität bedeutet, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und gegen den steigenden Leistungsdruck in der kapitalistischen Gesellschaft stark machen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen jeglicher Art an Hochschulen abgebaut werden müssen, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir unmissverständlich und bedingungslos für die Verbesserung der Studienbedingungen auftreten. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Außerdem soll alles daran gesetzt werden, mögliche Verschlechterungen vorzubeugen, um so nachhaltig eine gute Studienzzeit für alle zu erwirken.

Die Diskursverschiebung nach rechts ist auch innerhalb des Hochschulwesens spürbar. Rechtsextreme Politiker_innen auf der ganzen Welt greifen die freie Wissenschaft und Forschung an. An Hochschulen werden soziale Barrieren errichtet, die People of Colour und migrantische Personen strukturell ausschließen. Als linke Interessenvertretung ist es Aufgabe der ÖH, aktive **antirassistische Arbeit** zu betreiben. Sie muss als Vorbild vorangehen und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus entwerfen und gleichzeitig Bildungs- und Vernetzungsangebote schaffen. Die ÖH spricht sich gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturelrelative Argumente, völkisches Denken und imperialistische Gewalt weltweit aus. Wir bestehen auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischem Rassismus.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Hochschulen waren stets ein Ort, an dem reaktionäre Kräfte um Einfluss gerungen haben und gleichzeitig anderen Gruppen den Eintritt in die höhere Bildung systematisch erschwert haben. Das setzt sich bis heute fort. Wir bekennen uns zu einer vollumfänglichen Aufarbeitung der Verstrickung österreichischer Hochschulen in Verbrechen der NS-Zeit. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Faschismus und Rechtsextremismus, als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten.

Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir mit antifaschistischen Gruppen zusammen.

Antikapitalismus beschreibt für uns die grundsätzliche Kritik an einem System, das auf der Ausbeutung von Menschen und ihrer Arbeitskraft und der ungleichen Verteilung von Reichtum basiert. Das kapitalistische System dringt in alle Lebensbereiche ein und setzt damit fest, wie viele Chancen und Möglichkeiten Menschen haben. Das gilt auch für unsere Bildung, in der Herrschaftsverhältnisse ideologisch und materiell reproduziert werden. Die ÖH erkennt an, dass der Staat als historisches Gebilde ausbeuterische Systeme wie den Kapitalismus oder das Patriarchat aktiv stützt und aufrechterhält. Wir wollen die Ursachen der bestehenden Klassenverhältnisse aufzeigen und das herrschende kapitalistische System, das in erster Linie nicht der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, sondern der Profitmaximierung einzelner reicher Menschen und großen Konzernen gilt, bekämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Bildung, Ressourcen und Chancen gerecht verteilt sind und in der alle Menschen Mitsprache an allen wichtigen Sphären des Lebens zusteht. Wir kämpfen gegen die Neoliberalisierung unserer Hochschulen und die Marktförmigkeit unserer Bildung an. Wir stehen für gerechte Arbeitsverhältnisse und ein Ende der Ausbeutung studentischer Arbeitskraft bei wissenschaftlichem Personal und un- oder unterbezahlten Pflichtpraktikant_innen ein. Wir sind solidarisch mit Arbeitskämpfern, sehen dabei aber auch die Grenzen unserer Möglichkeiten in einem bürgerlichen System. Unser Ziel bleibt eine klassenlose Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Studierenden in Österreich die **gleichen Rechte** besitzen, egal ob EU-Studierende oder Studierende außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Dies umfasst auch die Unterstützung von geflüchteten Studierenden, insbesondere bei Problemen, die Aufenthalt, Anerkennung und soziale Absicherung betreffen.

Die Koalitionsfraktionen arbeiten konstant am Abbau jeglicher Hürden und Barrieren an den Hochschulen. Das inkludiert insbesondere auch den **Einsatz gegen Ableismus**. Im Studierenden-Alltag stoßen wir ständig sowohl auf bauliche, physische Barrieren, als auch auf psychische Barrieren im starren Bildungssystem. Bildung ist ein Menschenrecht und muss darum für alle auch gleichermaßen zugänglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖH-Arbeit für alle Studierenden aus allen Hochschulsektoren möglich ist, unabhängig von der finanziellen und sozialen Lage.

Die Koalitionsfraktionen erkennen an, dass eine starke ÖH nur funktionieren kann, wenn die Vertretung von Studierenden **auf allen Ebenen** gestärkt wird. Wir setzen uns daher dafür ein, die Hochschul- und Studienvertretungsebene zu stärken, insbesondere durch Schulungen und einen transparenten Informationsfluss. Ein konstruktiver Austausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Studierendenvertreter_innen Österreichs ist unbedingt notwendig, da wir nur gemeinsam gegen die großen Herausforderungen unserer Zeit auftreten können.

Große politische Ziele erreicht man leichter, wenn man gemeinsam dafür kämpft. Dafür forciert die ÖH auch weiterhin über viele Bereiche hinweg eine starke **Bündnisarbeit**. Es wird mit Arbeitnehmer_innenvertretungen wie der AK oder Gewerkschaften zusammengearbeitet, um die Interessen von arbeitenden Studierenden zu vertreten. Außerdem führen wir die Bündnisse mit Interessenvertretungen von Minderheiten wie den Jüdischen Österreichischen Hochschüler_innen, der Hochschüler_innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, der YXK Wien (Verband der Studierenden aus Kurdistan) und der Muslimischen Österreichischen Hochschüler_innen fort. Zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit antirassistischen Organisationen wie ZARA - Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit und SOS Balkanroute weiter ausgebaut. Die ÖH möchte auch offene Anlaufstelle für jegliche Organisationen sein, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und in dem Zug die Bündnisarbeit weiter ausweiten. Dies ist unumgänglich für eine linke ÖH-Arbeit, die die Stimmen von marginalisierten Studierenden hörbar machen will.

Die Koalitionsfraktionen einigen sich auf eine **konsensuale und transparente Zusammenarbeit**, in welcher ein respektvoller und vertrauensvoller Umgang gepflegt wird. Insbesondere der Wissenstransfer zwischen den aktiven Personen der vergangenen und zukünftigen Exekutiven ist uns ein wichtiges Anliegen - auch in der kurzen Zeit einer zweijährigen Funktionsperiode darf in der Vertretungsarbeit kein Wissen verloren gehen.

Als ÖH, die den Anspruch vertritt, sich für die Verbesserung der Umstände für alle Studierenden einzusetzen, sind wir **offen für alle interessierten Studierenden**, die gemäß diesem Koalitionsvertrag unsere Grundsätze vertreten, ganz unabhängig von Fraktionszugehörigkeiten. Unsere tägliche Arbeit ist eine von und für Studierende. Um unsere Vision von einem gerechten Bildungssystem zu verwirklichen, braucht es jede_n von uns. Werde also auch du aktiv und setze dich dafür ein, die Hochschule zu einem Ort für alle werden zu lassen.